

25. JUNI 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/117

Bonn, den 22. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Bürokratische Fleißarbeit

93

Ein offenes Wort zum Bericht der Bundesregierung  
über die Lage der deutschen Jugend

Von Dr. Waldemar Ritter

Referent für Jugendpolitik beim Parteivorstand der SPD

3

Schrittmacher Hamburg

48

Jungverheiratete erhalten Familiendarlehen

4 - 5

Korea - ein mahnendes Beispiel

87

Die Vereinigten Staaten trugen die Hauptlast

\*\*\*\*\* Zur Beachtung \*\*\*\*\*

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEBERUNG erhält heute u.a. eine Darstellung der Beratungen der letzten Zusammenkunft des SPD-Präsidiums mit dem Präsidium des BfV, sowie die hierbei von dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und seinem Stellvertreter Herbert Wichner getroffenen Feststellungen.

Die Redaktion

## Bürokratische Fleißarbeit

Ein offenes Wort zum Bericht der Bundesregierung  
über die Lage der deutschen Jugend

Von Dr. Waldemar Ritter  
Referent für Jugendpolitik beim Parteivorstand der SPD

Mit zweijähriger Verspätung (!) hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und den Bundesrat in der vorletzten Sitzungswoche der jetzigen Legislaturperiode einen Bericht über die Lage der Jugend und über die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe vorgelegt. Als Entschuldigung für die "Verspätung" wird die "große Anzahl der erforderlichen Untersuchungen und Erhebungen" genannt.

Niemand wird bei einer derart ernsthaften Sache über Wochen oder Monate rechten wollen. Aber dieser schlechte Zweijahreswitz, der mittlerweile auch an anderen Orten bereits Mode geworden ist, soll offenbar darüber hinwegtäuschen, daß hier etwas auf den Tisch des Bundestags gelegt wird, mit dessen Inhalt seine Abgeordneten sich nicht mehr ausreichend befassen können. Denn mindestens zwei Dinge sind bereits nach der ersten Lektüre des Berichtes sicher: Erstens sind die Ergebnisse der 18 Untersuchungen, die im Auftrag des Bundesministers für Familien- und Jugendfragen von führenden Wissenschaftlern bereits vor Monaten veröffentlicht wurden, beziehungslos und mehr quantitativ als qualitativ aneinandergereiht. Zweitens macht auch dieser Bericht deutlich, daß bei der Bundesregierung nach wie vor keine jugendpolitische Konzeption vorhanden ist. Drittens merkt auch der ungeschulte Leser, daß wesentliche Tatbestände und Strukturmerkmale der deutschen Jugend entweder überhaupt nicht behandelt, oder nur unvollständig dargestellt werden.

+ + +

So weiß z.B. jedermann, daß die Bundeswehr und der Einfluß des Bereichs der Verteidigung auf die Gesamtsituation der Jugend eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hat, und daß vier von fünf Soldaten unter 25 Jahre alt sind. Trotzdem wird nicht erklärt, warum man innerhalb der vergangenen vier Jahre keine eingehende Untersuchung zu diesem Problem hat machen können.

Noch beschämender ist es aber, wenn in einem Bericht, der immerhin 190 Seiten umfaßt, über die Jugend in Mitteldeutschland nur auf fünf Seiten Aussagen gemacht werden. Sicher haben wir nicht soviel exakte Daten über die mitteldeutsche Jugend zur Hand, wie über die Jugend in der Bundesrepublik Deutschland. Aber die wichtigsten Daten, die uns zur Verfügung stehen, hätten hier ihren Platz finden müssen. Denn beispielsweise hätten allein die trockenen Mitgliedszahlen der sogenannten "Pionierorganisationen" und die der FDJ im Vergleich zeigen können, daß beim altersbegründeten Organisationswechsel es bereits die 4-jährigen in Mitteldeutschland verstehen, sich der Aufnahme in die FDJ durch den Wechsel von der Schule in den Beruf zu entziehen usw. usw.

+ + +

Überhaupt hat man bei der Lektüre dieses Berichts sehr oft den Eindruck, als ob Jugendpolitik nur darin bestünde, das Geld, das zur Verfügung steht, so recht und schlecht zu verteilen. Das alleine ist aber nun gerade nicht die Herausforderung, auf die unsere Jugend wartet. Mit Geld allein stellt man der Jugend auch keine konkreten Aufgaben, die sie lösen kann. Und es geht auch nicht nur darum, wie der Bericht meint, daß die gesamte Gesellschaft mehr Verantwortung für die Jugend zu übernehmen habe; es geht auch darum, daß die Gesellschaft der Jugend selbst bestimmte Verantwortung gibt.

Aber damit nicht genug. Selbst dort, wo Geld verteilt wird, stimmen oft die Relationen nicht, wie sie durch das Beispiel der 20 Millionen Mark, die allein von deutscher Seite für die deutsch-französische Jugendbegegnung ausgegeben werden und das Gegenbeispiel der nur sieben Millionen Mark, die für die gesamte internationale Jugendbegegnung zu allen Ländern Europas und der Welt, als Unterstützung gewährt werden, unmißverständlich beweisen. Auch der Eiertanz, den die Bundesregierung in ihrem Bericht den Inhalten einiger jugendpolitischer Initiativen der SPD, wie zur Ausbildungsförderung, zur Berufsausbildung, zum Jugendarbeitsschutz und zum Europäischen Jugendwerk aufführt, ist olympiaverdächtig. Das bedauerliche für die jetzige Regierung ist nur, daß diese "Sportart" noch nicht zugelassen ist. Zwar konnte die jetzige Regierungsmehrheit zu den Vorlagen und Anträgen der SPD nicht NEIN sagen, aber die Probleme lösen, d.h. Gesetze verabschieden oder Konsequenzen nahelegen, das konnte sie schon gar nicht.

Genauso ist es mit Grundsätzen und Forderungen, die auf dem Karlsruher Parteitag der SPD in den Jugendpolitischen Leitsätzen beschlossen wurden. Einige davon sind jetzt auch in dem Bericht der Bundesregierung vorzufinden. Das ist zu begrüßen. War realisiert müssen sie werden und Zeit genug hatte diese Regierung dafür gehabt. Sicher ist vieles, was der Bericht enthält, ganz gut verwaltet worden. Eine Menge wurde auch geleistet - vorbildlich und nachahmungswert. Meistens jedoch von der Jugend selbst und von den Ländern und Kommunen. Das zeigt der vorliegende Bericht bedauerlicherweise recht unscharf und verschleiert.

+ + +

Was aber klar und deutlich wird, das sind all jene Konsequenzen und Notwendigkeiten, die in diesen Bericht nicht auffindbar sind und auf die unsere Jugend bislang wartet:

Perspektiven eines Landes für die, die morgen Verantwortung tragen. - Ideen, die Gedanken junger Menschen entzünden können. Aufgaben und Herausforderungen, an denen sich unsere Jugend messen und bewähren kann.

Und schließlich eine Konzeption, die deutlich macht, was die Bundesregierung in der Jugendpolitik eigentlich wollte.

So bedauerlich es ist: Auch dieser Bericht der Bundesregierung bleibt nur eine bürokratische Fleißarbeit.

## Schrittmacher Hamburg

### Jungverheiratete erhalten Familiendarlehen

bg - Der Führungswechsel ist in Hamburg reibungslos über die Bühne gegangen. Der neugewählte Erste Bürgermeister Herbert Weichmann hat vor der Bürgerschaft erklärt: "In Hamburg hat der Bürgermeister gewechselt, nicht das Regierungsprogramm." Es war von vorne herein klar, daß die harmonische Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Freien Demokraten in der Stadtregierung auf der Grundlage des bisherigen Regierungsprogramms fortgesetzt wird.

Der bisherige Erste Bürgermeister Paul Nevermann gehört der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion weiter an und wird dort seine großen Erfahrungen aus seiner sechszehnjährigen Tätigkeit als Senator und Bürgermeister zur Verfügung stellen. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion wurde mit den 69 Stimmen von SPD und FDP zum neuen Finanzsenator gewählt. Der profilierte Politiker wird auch künftig die Gewähr dafür geben, daß in Hamburg eine dynamische Finanzpolitik zugunsten der Bevölkerung der Millionenstadt und vor dem Hintergrund wirtschaftspolitischer Gemeinsamkeiten mit den drei anderen norddeutschen Küstenländern betrieben wird.

Alle Störversuche von der CDU-Opposition in Hamburg, die bei diesem Führungswechsel Sand ins Getriebe zu streuen versuchte, waren zum Scheitern verurteilt. Bei SPD und FDP ist der feste Wille vorhanden, Hamburg weiter in liberalen, sozialen und hanseatischen Geist zu regieren. Die CDU hingegen hat alle Hände voll damit zu tun, im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl und die dann folgende Bürgerschaftswahl überhaupt noch mit eigenem Profil in der Hansestadt aufzutreten. Die letzten Ernid-Befragungen haben erwiesen, die führenden CDU-Politiker in Hamburg sind so gut wie unbekannt. Die Frage an die Bürger, wen sie im September wählen würden, zeigt noch ausgeprägter als im vorigen Bundesgebiet für die Hamburger CDU die absteigende Linie.

Die Sozialdemokraten haben für Hamburg eine gute personalpolitische Lösung gefunden, indem sie Weichmann für den Ersten Bürgermeister und Brandes für den Finanzsenator nominierten und dem erfahrenen Paul Nevermann einen hervorragenden Platz in den Reihen ihrer Bürgerschaftsfraktion gaben. Weichmann hat versichert, er werde in Hamburg zugleich der Bürgermeister des Arbeiters, des Kaufmanns und aller Persönlichkeiten aus dem Kultur- und Universitätsleben sein. Er werde aber auch der Bürgermeister jener sein, die noch immer auf der Schattenseite des Daseins leben.

Am gleichen Tage, als die Bürgerschaft Brandes zum neuen Finanzsenator von Hamburg wählte, stimmte sie auch einer bemerkenswerten Neuregelung zu. Künftig werden Jungverheiratete in Hamburg Darlehen zur Beschaffung einer Wohnung erhalten. Sie bekommen bis zu 6.000 DM für frei finanzierte oder steuerbegünstigte Neubauwohnungen, wenn das Einkommen des Ehemannes 1.800 DM nicht übersteigt. Das Geld ist während der ersten Jahre mit nur 2,5 Prozent zu tilgen. Daneben gibt es für öffentlich geförderte Wohnungen und Altbauwohnungen Kurzdarlehen bis zu 3.000 DM, wobei die jährliche Tilgung dann aber zehn Prozent ausmacht.

## Korea - ein mahnendes Beispiel

### Die Vereinigten Staaten trugen die Hauptlast

K.G. - Als in der Nacht vom 24. auf den 25. Juni 1950 kommunistische Verbände Nordkoreas überraschend und gewaltsam in Südkorea eindrangen, stellte der internationale Kommunismus die Standhaftigkeit seiner Gegner auf eine neue und schwere Probe. Zwar hatten die Westmächte bei der Blockade Westberlins durch die Sowjetunion den Stadtteil mit Hilfe der Luftbrücke vor dem kommunistischen Zugriff bewahrt, zu militärischen Maßnahmen - etwa Besetzung eines Luftkorridors - konnten sie sich jedoch nicht entschließen.

Vielleicht ermunterte diese Tatsache den damals noch unter der unumstrittenen Führung Stalins stehenden kommunistischen Block, den Kampf von der wirtschaftlichen auf die militärische Ebene hinaufzuschrauben. Der Versuch des Kommunismus, neue Positionen zu erobern, war nunmehr mit härteren Mitteln von Mitteleuropa nach Ostasien verlagert worden. Daß er gerade hier unternommen wurde, offenbart die Hoffnung der Aggressoren, an diesem Punkt der Welt erfolgreich zu sein. Und zunächst sah es tatsächlich danach aus.

### Ein enthüllendes Kommuniqué

Durch Schnelligkeit und Umfang des Angriffes marschierten kommunistische Truppen an vielen Stellen und rasch in südkoreanisches Gebiet ein. Bereits nach wenigen Stunden Kampfhandlungen verkündete das Innenministerium von Nordkorea: "Am 25. Juni überschritten Volksarmee und Sicherheitsabteilungen an vielen Stellen den achtunddreißigsten Breitengrad und stießen in das Gebiet südlich dieses Breitengrades fünf bis zehn Kilometer tief vor." Diese Meldung straft die Behauptung der Regierung Nordkoreas Lügen, der Angriff sei von südkoreanischen Einheiten ausgegangen. Es versteht sich geradezu von selbst, daß die Angreifer bestrebt waren, der Gegenseite den Ausbruch des Konfliktes in die Schuhe zu schieben. Allerdings vergeblich. Nicht nur Regierungen und Bevölkerung außerhalb des Ostblocks verrochten sich nicht vorzustellen, daß ein angegriffener Staat schon am Tage des Beginns der Kampfhandlungen durch seine Truppen an vielen Stellen in das Territorium des Angreifers einzudringen imstande ist; auch die Menschen in der Sowjetzone durchschauten das durchsichtige Manöver. Die Bestätigung erhielt die Weltöffentlichkeit durch den Bericht, den der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, dem Sicherheitsrat am 25. Juni gab. "Der Bericht, den mir die (UNC-) Kommission (für Korea) übermittelt hat, ebenso der Bericht aus anderen Quellen Koreas legen es dar, daß die Streitkräfte Nordkoreas die militärischen Operationen begonnen haben."

### Angriff war Friedensbruch

In der gleichen Sitzung nahm der Sicherheitsrat einen Entschließungsentwurf der Vereinigten Staaten an, in dem der Angriff der Nordkoreaner als Friedensbruch verurteilt und der Rückzug der

kommunistischen Verbände auf den 38. Breitengrad gefordert wurde. Dieser Beschluß wäre zweifellos nicht zustande gekommen, wenn die Sowjetunion ihren damaligen Boykott der Sitzungen des Sicherheitsrates wegen der Nichtaufnahme Rot-Chinas in die Weltorganisation beendigt hätte. Das Fernbleiben der Sowjets von dieser Sitzung sicherte die in der UNO-Charta vorgeschriebene Einstimmigkeit. Bereits zwei Tage später wiederholte sich dieser Vorgang. Nachdem Nordkorea die Aufforderung des Rates, die Truppen auf den 38. Breitengrad zurückzunehmen, ignoriert hatte, verabschiedete er eine Resolution, in der den Mitgliedern der UNO empfohlen wurde, Südkorea "alle erforderliche Hilfe zu leisten, um den Angreifer zurückzuschlagen und in dieser Region den Frieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen". Im Übrigen ist es sehr bezeichnend, daß die Regierung des auf seine Neutralität bedachten Indien, dessen Vertreter sich bei der Abstimmung im Sicherheitsrat der Stimme enthalten hatte, noch am selben Tage erklären ließ, sie werde dem Beschluß des Sicherheitsrates zustimmen. 53 Mitgliedstaaten leisteten der Empfehlung Folge.

Westen büßt seitdem an Geschlossenheit ein

Dennoch gebietet die Gerechtigkeit die Feststellung, daß die Vereinigten Staaten einen großen Teil der Kriegslasten auf ihren Schultern trugen. Dies ist keine Schmälerung der Opfer und Hilfsbereitschaft der übrigen Staaten. Bereitschaft, Engagement und Opfer der USA waren lediglich das Spiegelbild ihrer Rolle als Führungsmacht der westlichen Welt. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Ihr Einsatz in Südvietnam ist dafür ein stichhaltiger Beweis. Die Bedingungen, unter denen sie dort kämpfen, sind jedoch wesentlich ungünstiger als seinerzeit in Korea.

Die westliche Allianz hat inzwischen an Geschlossenheit eingebüßt. General de Gaulles politisches Konzept zur Beendigung der Krise in Südostasien steht im Gegensatz zur Politik des amerikanischen Präsidenten und bietet den Kommunisten die Chance, den einen gegen den anderen auszuspielen. Die Schwierigkeiten im eigenen Lager nehmen zu und Frankreichs Staatspräsident läßt keine Gelegenheit verstreichen, um Amerika als Führungsmacht des Westens in Frage zu stellen. Was wäre wohl aus Südkorea geworden, wenn vor 15 Jahren von Seiten eines wichtigen Verbündeten dieselbe Politik getrieben worden wäre? Hätte dann Frankreich die beiden vom Sicherheitsrat angenommen und für die Einleitung kollektiver Verteidigungsmaßnahmen so bedeutenden Resolutionen ebenfalls seine Zustimmung gegeben?

Es ist kein Trost, daß gegenwärtig die östliche Seite ebenfalls durch ausgeprägte Gegensätzlichkeiten geschwächt wird. Von heute auf morgen kann die Herausforderung des Kommunismus gewalttätigere Formen annehmen. Wird man sich dann in Paris des gemeinsamen Kampfes in Südkorea erinnern?